

## **DAK-Gesundheit stellt Weichen für 2023**

**Verwaltungsrat beschließt Haushalt von fast 26 Milliarden Euro und fordert Finanzreform zur Entlastung der Versicherten**

**Hamburg, 15. Dezember 2022. Die DAK-Gesundheit stellt die Weichen für das kommende Jahr: Der Verwaltungsrat der drittgrößten bundesweiten Krankenkasse hat den Haushalt 2023 beschlossen. Mit nahezu 26 Milliarden Euro liegt dieser 3,5 Prozent über dem Volumen von 2022. Der Haushalt ist so aufgestellt, dass er im Hinblick auf zu erwartende Ausgabenrisiken im Jahr 2023 Stabilität gewährleistet. Der Vorsitzende des DAK-Verwaltungsrats, Dieter Schröder, fordert die Politik zu einer nachhaltigen Reform der GKV-Finzen auf.**

Die DAK-Gesundheit sieht Schröder durch ihren ausgezeichneten Kundenservice und ihre hohe Versorgungsqualität weiter gut aufgestellt. Angesichts massiv steigender Leistungsausgaben sei es jedoch unerlässlich, zum ersten Mal nach sieben Jahren den Zusatzbeitrag anzupassen. Zur Finanzierung der absehbar höheren Ausgaben im kommenden Jahr erhöht sich dieser um 0,2 Prozentpunkte, so dass der Beitragssatz ab Januar 2023 bei 16,3 Prozent liegt. Den Zusatzbeitrag teilen sich Arbeitgebende und Arbeitnehmende – bei den Versicherten kommen also 0,1 Prozentpunkte an. „Keine große bundesweite Krankenkasse war länger beitragsstabil als die DAK-Gesundheit. Mit der moderaten Erhöhung bleiben wir unter dem politisch beschlossenen Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags um 0,3 Prozentpunkten. Zugleich sprechen wir eine Beitragssatzgarantie für das Jahr 2023 aus“, sagt Schröder. Durch den solide kalkulierten Haushalt könne ausgeschlossen werden, dass der Beitrag unterjährig erneut steigt.

Die Versicherten werden über das Kundenmagazin *fit!* und die Website umfassend über die Beitragssatzanpassung informiert, betont Horst Zöller, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats: „Das Magazin erreicht alle unsere Versicherten per Post. Wir stellen damit volle Transparenz her.“

### **Politik will GKV-Finanzlücke aus Beitragsmitteln schließen**

Bei der überwiegenden Zahl der Krankenkassen und damit für einen Großteil der gesetzlich Krankenversicherten wird es zum Jahreswechsel

eine Beitragssatzanpassung geben. Im Oktober hatte der Bundestag das Finanzstabilisierungsgesetz für die GKV (GKV-FinStG) beschlossen. Eines der Ziele war es, die mindestens 17 Milliarden Euro umfassende Finanzlücke in der GKV zu schließen. Dazu soll der durchschnittliche Zusatzbeitrag um 0,3 Prozentpunkte steigen.

Seit der letzten Beitragssatzanpassung im Jahr 2016 sind die Leistungsausgaben um ein Drittel gestiegen. „Jetzt kommen die Reformen hinzu, die Minister Lauterbach angekündigt hat und die 2023 zu Kostensteigerungen führen werden“, erklärt Zöller mit Verweis auf die Eckpunkte zur Krankenhausstrukturreform sowie die angekündigte Reform des Generikamarktes.

„Besonders wichtig ist uns, dass die DAK-Gesundheit auch in Zeiten sich überlagernder Krisen den bestmöglichen Service bietet“, sagt Zöller. „Für ihre Bonusprogramme und viele spezielle Versorgungsverträge in Bund und Ländern ist die DAK-Gesundheit immer wieder ausgezeichnet worden, zuletzt als beste Familienkasse. Firmen können allein im Betrieblichen Gesundheitsmanagement von rund 400 Angeboten profitieren. Dieses herausragende Leistungsangebot halten wir durch seriöse Haushaltsführung aufrecht.“

### **Nachhaltige GKV-Finanzreformen gefordert**

Vor dem Hintergrund massiv steigender Preise und weiterhin großer Finanzlücken in der GKV ruft das oberste Gremium der Kasse die Politik zu einer nachhaltigen GKV-Finanzreform auf. „Wir brauchen endlich eine auskömmliche und verlässliche Erstattung des Bundes für die Beiträge der Beziehenden von ALG 2, dem künftigen Bürgergeld“, sagt Schröder. Die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel müsse gesenkt und der Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen dynamisiert werden. „Dieser Zuschuss muss das Gesamtsystem und damit die Krankenversicherten schützen und versicherungsfremde Leistungen gerecht gegenfinanzieren“, so Schröder.

Die DAK-Gesundheit versichert bundesweit 5,5 Millionen Menschen. Mehr Informationen zu ihrer Selbstverwaltung gibt es unter: [www.dak.de/verwaltungsrat](http://www.dak.de/verwaltungsrat).